

Gremium

An die Mitglieder der Bezirksvertretung Mitte für die Sitzung am 18.06.2026, TOP 4.10 – öffentlich

Thema: Ausbau von Fahrradbügel an Schulen

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 09.06.2026, Drucksachen-Nr.: 1511/2025-2030

Immer mehr Schülerinnen und Schüler kommen mit dem Fahrrad zur Schule. Leider reichen an vielen Standorten die vorhandenen Abstellmöglichkeiten und Fahrradbügel nicht aus. In diesem Zusammenhang ergibt sich für uns die **Frage**:

Gibt es bereits Planungen oder Priorisierungen für den Ausbau von Fahrradabstellplätzen an Schulen in Bielefeld?

Zusatzfrage:

Welche Kriterien werden bei der Entscheidung über neue Fahrradbügel an Schulstandorten zugrunde gelegt?

Antwort der Verwaltung:

Das Projekt „Ausbau von Radabstellanlagen an Bielefelder Schulen“ wird in einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Amtes für Schule, des Immobilienservicebetriebs (ISB), des Amtes für Verkehr sowie des Umweltbetriebs (UWB) koordiniert bearbeitet.

Die rechnerischen Bedarfe wurden durch das Amt für Verkehr auf Basis der jeweiligen Schülerzahlen der konkreten Schulstandorte ermittelt. Die Priorisierung der Schulen wurde im Anschluss im Kreis der beteiligten Ämter abgestimmt. Sie orientiert sich maßgeblich an:

- der Höhe des ermittelten Bedarfs
- ohnehin anstehenden Umgestaltungs- oder Erweiterungsmaßnahmen
- dem jeweiligen logistischen und baulichen Umfang der Maßnahme.

Sukzessive folgt die Festlegung der konkreten Aufstellflächen im Rahmen von Vor-Ort-Begehungen. Hierbei werden folgende Kriterien berücksichtigt:

- aktuelle Flächenverfügbarkeit auf dem Schulgelände
- weitere anstehende bauliche Planungen am Standort
- Aspekte der Verkehrssicherheit und Zugänglichkeit

Neben der Schaffung zusätzlicher Radabstellplätze ist es ein erklärtes Ziel der Maßnahme, veraltete Vorderradhalter (sogenannte „Felgenkiller“) konsequent durch moderne Fahrradbügel zu ersetzen und nach Möglichkeit Überdachungen zu installieren.

Da ein Großteil der Bielefelder Grundschulen im Zuge der OGS- und Zügigkeitserweiterungen baulich angepasst wird, erfolgt die Ausstattung mit Radabstellanlagen hier direkt im Rahmen der jeweiligen Bauprojekte. Dieses Verfahren läuft unabhängig vom oben genannten Vorgehen, um Synergien bei der Neugestaltung der Schulaußenflächen zu nutzen.

An allen anderen Schulen sollen sukzessive Radabstellanlagen in ausreichender Zahl errichtet werden, wobei sich die örtlichen Gegebenheiten stark unterscheiden: Während einige Schulen aufgrund

begrenzter Flächen keine zusätzlichen Radabstellanlagen aufnehmen können, besteht an anderen Standorten erhebliches Ausbaupotenzial. Dazu ist das Amt für Schule mit den Bielefelder Schulen im Austausch.

Die Finanzierung der Maßnahmen wird größtenteils über Fördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen sichergestellt. Die verbleibenden Eigenanteile werden vom Amt für Verkehr über die entsprechenden Haushaltsmittel getragen. Die Realisierung steht jedoch unter dem Vorbehalt der allgemeinen haushaltswirtschaftlichen Restriktionen der Stadt Bielefeld. Die bauliche Umsetzung erfolgt durch den UWB.

I.A.
gez.
Beckmann
Amtsleitung